

wird die Öffnung weitere Bereiche wie Fernmeldedienst oder Logistik sein. Bisher ist der Einsatz von Frauen auf den Sanitäts- und Musikdienst beschränkt. Auch die unmittelbar bevorstehende Zulassung von Frauen zu bewaffnetem Wachdienst in Friedenszeiten ist ein solcher kleiner Schritt.

Diejenigen aber, die sich so vehement für die Soldatinnen einsetzen, sollten in ihrem Elan für die Gleichstellung der Frauen unbedingt bestärkt, verpflichtet werden. Schließlich ist das Militär sicherlich nicht die letzte Bastion patriarchaler Macht, die es noch eben schnell zu schleifen gilt, damit das Gleichberechtigungs-Paradies Deutschland endlich Realität wird. fo

Verunsicherung

Kritik an der Misereor-Bund-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Das bischöfliche Hilfswerk Misereor sieht Klärungsbedarf: Auch die Vorstellung des Jahresberichtes 1995 im vergangenen Monat nahm der Hauptgeschäftsführer von Misereor, *Norbert Herkenrath*, zum Anlaß, erneut das Engagement des Hilfswerks für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu erklären, ja zu verteidigen. Zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hatte Misereor beim Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie die Studie, die quantitative wie qualitative Eckdaten einer weitreichenden sozio-ökologischen Wende unter der Maßgabe weltweiter Gerechtigkeit formuliert, in Auftrag gegeben (vgl. HK, Dezember 1995, 641 ff.).

Seit ihrer Veröffentlichung im November letzten Jahres sorgt die zum Sachbuch-Bestseller gewordene Studie für volle Briefkästen in der Misereor-Zentrale in Aachen. Neben viel Zustimmung mußte Misereor auch einige, mitunter recht harsche Kritik über sich ergehen lassen. Erboßt sahen sich vor allem die Bauernverbände durch „ein-

seitige“ und „naive“ Argumentationen und Forderungen an den ökologischen Pranger gestellt. Man forderte Misereor auf, sich von der Studie zu distanzieren; unter anderem hatte diese für einen reduzierten Fleischkonsum in Deutschland plädiert, auch mit dem Hinweis auf den durch diesen verursachten Flächenverbrauch in anderen Ländern. Die Kritik an der Studie – auch von Seiten anderer Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die sich etwas weitergehende Erkenntnisse und schärfere Postulate erhofft hatten – blieb jedoch nicht auf inhaltliche Aspekte beschränkt.

Herkenrath sprach bei der Vorstellung des Jahresberichtes von einer „Verunsicherung“ der Spender: Die Beteiligung an einer Umweltstudie für Deutschland des doch auf die Hilfe für Arme spezialisierten und verpflichteten Hilfswerkes stieß auf Unverständnis, das bis hin zum Vorwurf des Mißbrauchs von Spendengeldern reichte. In der „Szene“ der Entwicklungsarbeiter und Dritte-Welt-Gruppen sah man es als Positivum, daß Misereor ein breit angelegtes Verständnis von Entwicklung, aber auch eine ebenso breit ansetzende Analyse der Entwicklungshindernisse seiner Arbeit zugrundlegt. Bei den Kritikern kam dies nun als Überschreitung von Auftrag, Kompetenz und Zuständigkeit an.

„Verunsicherung“, gerade auch beim traditionellen Kern der Spender brachte aber ebenso die Wahl des *Bündnispartners* für dieses Studienprojekt. Sicherlich galt ein Gutteil des Mißtrauens gegenüber dem doch in der säkularen Öko-Szene eher mit dem Image politischer Zurückhaltung behafteten BUND der stetig medienpräsenten und viel provozierender auftretenden Umweltorganisation Greenpeace.

Gegenüber allen diesen Vorbehalten unterstrich nun Herkenrath erneut, der Entschluß, sich in punkto „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu engagieren, sei eine unmittelbare Konsequenz aus der genuinen Misereor-Arbeit und der ihr zugrundeliegenden Prinzipien: „Zentrum der Misereor-

Arbeit ist das christliche Menschenbild, wonach jeder Mensch das gleiche Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf einen gerechten Anteil an den Ressourcen der Erde hat. Wo aber bleibt die globale Chancengerechtigkeit, wenn die reichen Industrieländer über 80 Prozent aller Ressourcen für sich beanspruchen?“ Darüberhinaus verwies der Misereor-Geschäftsführer auch auf einen anderen Aspekt, der spätestens seit der UN-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 als so etwas wie eine Binsenwahrheit sowohl in der internationalen Entwicklungs- als auch Ökodiskussion gelten kann: Umweltprobleme sind Entwicklungsprobleme, Entwicklungsfragen sind Umweltfragen (vgl. HK, September 1992, 419 ff.).

Mit dem Auftrag zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ hat Misereor aber auch innerhalb der in Deutschland geführten Öko-Debatte eine Anwalts- und Lobbyfunktion übernommen, zu der nicht zuletzt die Projektpartner in der Dritten Welt selbst gedrängt hatten: Die seit über 20 Jahren geführte Umweltdebatte ranke daran, so Herkenrath, daß fast immer nur Deutschland oder vielleicht noch Europa in den Blick genommen werde.

Misereor wird die Verunsicherung bei manchen Spendern dennoch zu denken geben. Nicht nur, weil sich das Werk unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Recht um das weitere Spendenaufkommen für seine primäre Aufgabe der Armutsbekämpfung und der direkten Hilfe für Notleidende sorgt: mit insgesamt 129,4 Millionen Mark sank dieses 1995 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent – die Anzahl der Hilfsanträge aus Afrika, Asien und Lateinamerika aber steigt stetig (60 Prozent davon konnten 1995 bewilligt werden).

Man wird sich in Aachen auch fragen, welche Vorstellungen über Auftrag und Arbeit unter den Spendern, damit aber auch in breiten Kreisen der kirchlichen Öffentlichkeit vorherrschen. Ist dort etwa die *politische Bildungsarbeit* im eigenen Land, der die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zuzurech-

nen ist, doch (noch) nicht selbstverständlich? Ist in diesen Kreisen vor allem aber auch die Anwalts- und Lobbyfunktion des kirchlichen Hilfswerkes nicht ganz so unumstritten wie beispielsweise im engeren Kreis kirchlicher Dritte-Welt-Gruppen? Ist der vielfach beschriebene Paradigmenwechsel der kirchlichen Entwicklungsarbeit von der „Barmherzigkeit zur Gerechtigkeit“ bei einer breiten Spenderschicht, die diese Arbeit doch unterstützt und allererst möglich macht, noch gar nicht nachvollzogen?

Die Auseinandersetzungen über die Studie machen hier zumindest auf ein Kommunikations- und Informationsbedürfnis aufmerksam, auf die für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Misereor nicht eben leichte Aufgabe, sich eine breite Unterstützung für ihre Arbeit zu sichern, ohne überfordernd und anmaßend zu sein. Traditionelle Spenderkreise, die sich an einem Engagement wie für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ stoßen, sollen nicht vergrault werden. Gleichzeitig gilt es auch die Kreise anzusprechen, die ein stärker politisch auftretendes Hilfswerk Misereor schätzen, das beispielsweise auch über das kirchliche Milieu hinaus Themen und Bundesgenossen sucht. fo

Druck

Der US-Präsidentenwahlkampf und das Abtreibungsthema

Zumindest aus nichtamerikanischer Sicht glänzt der Präsidentenwahlkampf in den USA nicht gerade von Spannung und politischer Kampfstimmung. Dem Herausforderer des amtierenden Präsidenten gelingt es kaum, sich dem US-Wähler als eine politische Verheißung zu präsentieren. Da er seit langem zum politischen Establishment und obendrein einem Alter angehört, in dem andere ihren wohlverdienten Ruhestand antreten, will die Botschaft von einem notwendi-

gen Wechsel im Weißen Haus nicht recht verfangen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß *Robert Dole* unterdessen seinen Senatsvorsitz aufgab, der ihm bisher eine Schlüsselstellung in der Washingtoner Politikszene garantierte. Auch weiterhin erscheint er den Wählern wie jemand, der seine politische Zukunft bereits hinter sich hat. Obendrein sind die wirtschaftlichen und Arbeitsmarktdaten des Landes keineswegs so, daß der Ruf nach einem Wechsel zwingend wäre. Kein Wunder also, daß sich der Vorsprung des Amtsinhabers – obwohl gegenüber dem Frühjahr etwas zurückgegangen – immer noch erklecklich ausnimmt.

Auch die jüngste Entscheidung von Dole wenige Wochen vor dem republikanischen Parteikonvent in Dayton wird vermutlich an dieser Konstellation nichts Grundlegendes ändern. Unter massivem Druck aus den Kreisen der christlichen Rechten (vgl. HK, Februar 1996, 61f.) und gegen den erklärten Willen eines anderen Teils seiner Anhängerschaft gab Dole den erklärten Versuch auf, die Verbindung zu jenen Republikanern, die sich in der Abtreibungsfrage eher moderat und pragmatisch geben, nicht abreißen zu lassen.

Die von ihm selbst favorisierte Öffnung gegenüber den Anhängern einer „Pro choice“-Position wird es in seiner Wahlplattform nunmehr nicht geben. Die Wahlchancen Doles haben sich damit nicht verbessert. Die harte Linie der Lebensschützer ist in der US-Wählerschaft nach Auskunft der Demoskopien nicht mehrheitsfähig.

Doles moderatere Haltung war indes nicht nur Wahlkampfstrategie. Den erklärten Befürwortern einer Verschärfung der gesetzlichen Abtreibungsregelung galt er bisher schon als unsicherer Kantonist. Dole holte nunmehr derjenige Teil des republikanischen Anhangs ein, dessen Kandidat *Pat Buchanan* bei den Vorwahlen zunächst erhebliche Stimmenanteile auf sich vereinigen konnte, selbst wenn er von Anfang an wegen seiner extremen Haltung schon innerhalb der eigenen Partei als nicht vermittelbar galt.

So wenig jedoch Lebensschützer in erster Linie nach wahltaktischen Gesichtspunkten schielen – das rechte Lager setzt auf ein Thema, das den gegenwärtigen Amtsinhaber an einer schwierigen Stelle trifft. Seit *Bill Clinton* die Präsidentschaft innehat, verzogen sich über dem Weißen Haus nie die Rauchschwaden von Affären aller Art. In diese Schwachstelle des amtierenden Präsidenten zielen Dole und die republikanische Wahlkampfstrategen, wenn sie *moralische* Fragen in den Mittelpunkt stellen und sich Dole als die „wertkonservative Alternative zu Clinton“ zu präsentieren sucht (Neue Zürcher Zeitung, 25./26.5.96).

Für den Wahlkampf heißt das: So gering das Interesse Doles daran ist, sich als scharfer Gegner des seit 1972 geltenden und trotz verschiedentlich Versuche nicht substantiell ausgehebelten Abtreibungsrechts zu profilieren, so sehr ist Clinton darum bemüht, nicht als unkritischer Abtreibungsbefürworter bzw. einseitiger „Pro choice“-Aktivist zu erscheinen. Bei aller Ablehnung von Verschärfungen sind die US-Bürger im allgemeinen eben doch nicht für eine unterschiedlose Freigabe bzw. eine Verharmlosung der ethischen Problematik von Abtreibung.

In Bedrängnis kam Clinton erst unlängst, als er sein Veto gegen einen republikanischen Gesetzentwurf einlegte, der eine vergleichsweise selten praktizierte, innerhalb des Schwangerschaftszeitraums späte Form der Abtreibung verbieten sollte (Partial Birth Abortion Ban Act). Das geltende US-Abtreibungsrecht basiert u. a. auf einem zeitlich dreigestuften gesetzlichen Schutz des vorgeburtlichen Lebens.

Das von Clinton mit seinem Veto verhinderte Gesetz enthielt eine Ausnahme für Fälle, in denen das Leben der Mutter in Gefahr ist. Clinton hatte sich zunächst für eine Ausweitung dieser Ausnahmeregelung auch auf gesundheitliche Risiken bei der Mutter eingesetzt und sah sich außerstande, dem Gesetz zuzustimmen, als der Entwurf nicht in seinem Sinne abgeändert wurde.